

SASCHA MÜLLER-KRAENNER

## Nach dem Gaskonflikt

### Ost-westliche Energieverknüpfungen

Für die Regierung Russlands ist der Export von Öl und Gas nicht nur ein gutes Geschäft. Spätestens der Gaskonflikt mit der Ukraine, mit dem die russische Führung das neue Jahr und ihre G-8-Präsidentenschaft einläutete, hat gezeigt, dass Energiepolitik für den Kreml das Herzstück einer Außenpolitik ist, mit der alte Machtansprüche im postsowjetischen Raum und darüber hinaus deutlich gemacht werden sollen. Deren Durchsetzung hängt auch davon ab, ob die Nachbarn Russlands mit einer klugen Energiepolitik und mit regionaler Kooperation, anstatt mit einer Strategie des »Rette seinen Liefervertrag, wer kann« reagieren.

Einem Land wie die Ukraine, das fünfzig Prozent seiner Erdgasimporte aus Russland bezieht – und damit nicht einmal zu den Abhängigsten vom Gazprom-Hahn gehört –, bieten sich drei Möglichkeiten, die eigene Energiesicherheit zukünftig zu erhöhen. Erstens könnte der enormen Energieverschwendung im Lande Einhalt geboten werden. Zweitens kann der Energiemix vielfältiger gestaltet werden, unter anderem durch den Ausbau erneuerbarer Energien. Schließlich muss der Ukraine, wie allen anderen Geschäftspartnern des Kreml-Gazprom-Konglomerates daran gelegen sein, Regeln für die europäischen Energiemärkte zu schaffen – so dass nicht die Regeln des wilden Ostens gelten.

Unter dem nun abgeschlossenen Gasdeal steigen die Preise für ukrainische Abnehmer um nahezu hundert Prozent. Auf die Konkurrenz- und letztendlich Überlebensfähigkeit zahlreicher ukrainischer Unternehmen wird dieser Anstieg der Energiekosten erhebliche Auswirkungen haben. Genauso dramatisch ist der Kostenanstieg im Wärmebereich. Für private Haushalte steigt die Gasrechnung über Nacht. Die Mieter in städtischen und in staatlichen Wohnanlagen wissen noch nicht, was auf sie zukommt und ob der Heizkostenanstieg durch andere sozialpolitische Maßnahmen aufgefangen wird.

Auf der Hand läge also, die Temperatur in den Gebäuden nicht mehr auf sprichwörtliche Weise durch das Öffnen und Schließen der Wohnzimmerfenster zu regulieren, sondern auf Steuerungstechnik und Wärmedämmung zu setzen. Seit Anfang der Neunziger ganze

Industriezweige zugemacht wurden, ist der Gesamtenergieverbrauch in Osteuropa zwar stark gesunken, die Energieeffizienz aber eher noch weiter zurückgegangen. Schuld daran ist einerseits das Modernisierungsdefizit im verbliebenen verarbeitenden Gewerbe, sowie andererseits die gestiegene Abhängigkeit der osteuropäischen Ökonomien vom energieaufwendigen Roh- und Grundstoffexport. Jetzt, da die Wirtschaft durch den Export und den heimischen Konsumboom erstmals wieder wächst, teilweise in erstaunlichen Raten, steigt der Energieverbrauch wieder an, wäre aber erstmals das Kapital vorhanden, großflächig in eine effizientere Energieverwendung zu investieren. Insofern ist der Anstieg der Gaspreise ein Segen für Investitionen in eine effizientere Energienutzung sowohl im privaten als auch im industriellen Bereich – auch wenn dieser Segen mal wieder von oben und etwas abrupt kommt.

Westliche Kommunen und Baufirmen haben in den vergangenen Jahrzehnten erhebliche Erfahrungen in der energetischen Gebäudesanierung gesammelt. Die deutsche Baubranche hat dazu die spezifische Erfahrung der Wärmesanierung von großflächigen Plattenbausiedlungen beigetragen. Die neue Bundesregierung hat das Gebäudesanierungsprogramm von Rot-Grün gerade um die jetzige Legislaturperiode verlängert. Für die deutsche Wirtschaft besteht hier ein erhebliches Potenzial für den Export moderner Anlagen als auch Dienstleistungen. Die Frage ist, wer die notwendigen Investitionen im osteuropäischen Gebäudebestand, ob es nun Wohnungen, Verwaltungsgebäude oder Industrieanlagen sind, aufbringt. Zur Verfügung dafür stünde die ganze Palette der europäischen Entwicklungs- und Außenhandelsfinanzierung – wenn sie denn stärker als bisher an umwelt- und klimapolitischen Zielen ausgerichtet würde.

Wenn das Erdgas teurer wird, kann es auch durch andere Energieträger ersetzt werden. So tritt der grüne Bundestagsabgeordnete Hans-Josef Fell<sup>1</sup> dafür ein, das importierte russische Erdgas zumindest teilweise durch zu Hause produziertes Biogas aus nachwachsenden Rohstoffen zu ersetzen. Nachdem der

Windenergieboom der vergangenen zehn Jahre in Deutschland abflacht, verspricht die Nutzung von Biomasse den nächsten Wachstumsschub für die erneuerbaren Energien.<sup>2</sup> Dafür sprechen nicht nur der positive Effekt für den Klimaschutz und die gewonnene Energiesicherheit durch Biogas in der Leitung und Rapsöl im Tank. Die Umwidmung landwirtschaftlicher Flächen für den Anbau von Energieträgern verspricht auch einen Ausweg aus dem Hauptdilemma der EU-Landwirtschaftspolitik: Die Überproduktion abzubauen und Subventionen zu senken. Was für Deutschland recht ist, könnte für die frühere Kornkammer der Sowjetunion, die Ukraine, nur billig sein. Dasselbe gilt für das Agrarexportland Polen. Doch das nächste Dilemma lauert bereits. Auch beim Anbau nachwachsender Rohstoffe ist brasilianisches Zuckerrohr billiger als bayerischer Raps. Die nächste Runde im Subventionsstreit der WTO kündigt sich also an. Bei der Weiterentwicklung des europäischen Agrarhaushaltes und bei den damit gekoppelten Verhandlungen um den Subventionsabbau innerhalb der WTO muss deswegen darauf geachtet werden, dass zwischen Subventionen für den Export und die Produktion von Lebensmittelbergen einerseits, sowie der Erreichung umwelt- und klimapolitischer Ziele andererseits unterschieden wird.

Die Europäische Union besitzt keine einheitliche Energiepolitik. Den europäischen Einrichtungen fehlte die Kompetenz, den Bau transeuropäischer Energienetzwerke zu planen, Reserven vorzuhalten und für Krisen vorzusorgen. Während Frankreich auf Atomenergie setzt, wollen die Deutschen die Windkraft fördern. Der Versuch, in der neuen Verfassung erstmals ein Energiekapitel zu verankern, war mit selbiger gescheitert. Die vorhandenen vertraglichen Grundlagen regeln die Kooperation im Montanbereich und die Förderung der Atomenergie. Nach innen hin wurden die Strom- und Gasmärkte im Rahmen des Europäischen Binnenmarktes teilliberalisiert. Die handelspolitische Kompetenz, die die Kommission vertraglich genießt, gibt ihr einen gewissen Spielraum bei der Gestaltung europäischer Energieaußenpolitik. So war die Liberalisierung und der Zugang zu den russischen Energiemärkten das dominierende Thema der – inzwischen aber abgeschlossenen – bilateralen Verhandlungen über den russischen WTO-Beitritt.

Selbst wenn es der EU in absehbarer Zukunft jedoch gelingen würde, die Energiepolitik ihrer Mitgliedstaaten besser zu koordinieren oder gar auf europäischer Ebene zu pla-



Rohre des Anstoßes: Verlegung von Gazproms Ostsee-Erdgas-Pipelines. – Foto: Newsweek

nen, so reichte das immer noch nicht aus. Der politische Raum, in dem über die Förderung, den Transport und die Verwendung von Energie entschieden werden muss, geht weit über die Grenzen der EU hinaus. Öl und Gas werden auch zukünftig aus Russland, Zentralasien und dem Mittelmeerraum stammen. Durch andere Länder in der unmittelbaren Nachbarschaft der EU läuft der Transport. Die Staaten Ostasiens am anderen Ende der eurasischen Landmasse entwickeln sich zusehends zu Konkurrenten, mit denen es gelingen muss, ein kooperatives Verhältnis zu finden.

Schon im Dezember 1994 wurde mit der Europäischen Energiecharta ein Grundsatzvertrag für eine gemeinsame paneuropäische Energiepolitik unterzeichnet. Gleichzeitig wurde ein Zusatzabkommen zur Förderung der Energieeffizienz verabschiedet. Gemeint waren damals vor allem die Staaten der ehemaligen Sowjetunion. Mitglieder der Europäischen Energiecharta sind alle Staaten Europas, inklusive Russland, aber auch Japan und Australien. Die USA und Kanada sowie einige der Mittelmeerränder genießen Beobachterstatus. Kernziel der Energiecharta ist es, eine marktwirtschaftlich organisierte Energiewirtschaft in Europa zu schaffen, Handel und Investitionen im Energiebereich zu regeln und zu fördern und bei all diesen anspruchsvollen Vorhaben auftretenden Streit zu schlichten.

Fast poetisch wurde in einer ersten Version der Charta, Anfang der Neunzigerjahre, das Ziel der »Schaffung einer Energiegemeinschaft der Länder beiderseits des Eisernen Vorhangs auf der Grundlage der Komplementarität der westlichen Märkte, des Kapitals,

der Technologie und der natürlichen Ressourcen der Oststaaten« beschworen.

So ambitioniert die grundsätzlichen Ziele der Europäischen Energiecharta sind, so weist sie doch einige entscheidende Nachteile auf. Die Ziele der Charta sind zu allgemein und ihre Regeln zu unverbindlich. Im Gegensatz zur Europäischen Union oder der bei der OECD angedockten Internationalen Energieagentur ist das Sekretariat der Charta personell und finanziell schlecht ausgestattet. Das Streitschlichtungsverfahren, das in der Charta angelegt ist, bleibt zahnlos. Konsequenzen bei der Verletzung der Charta sind nicht vorgesehen. Schließlich haben wichtige Länder, an vorderster Stelle Russland, die Charta nicht ratifiziert.

Trotzdem ist der grundlegende Ansatz, das Funktionieren der Energiemärkte im eurasischen Raum vertraglich zu regeln, weiterhin richtig. Beachtet werden müssen dabei die Interessen von Energieexporteuren, Importeuren und Transitländern. Jedes vertragliche Regelwerk muss sowohl die Investitions- und Geschäftsinteressen der privaten Energiewirtschaft schützen als auch die Tatsache akzeptieren, dass in vielen Ländern der Energiesektor weiterhin staatlich oder halbstaatlich organisiert ist. Schließlich muss die Balance der drei Ziele, die auch die EU-Energiepolitik bestimmen, gewahrt werden. Auch wenn in der momentanen Meinungskonjunktur die Energiesicherheit im Vordergrund stehen mag, sind die anderen wirtschafts- und umweltpolitischen Ziele einer langfristig angelegten energiepolitischen Kooperation ebenfalls zu beachten. ◀

1 www.hans-josef-fell.de

2 Siehe dazu auch den Schwerpunkt in *Kommune* 4/05.

## Neue Aufrüstung

Während der Atomstreit mit dem Iran eskaliert, diskutiert Deutschland darüber, russisches Erdgas durch deutschen Atomstrom zu ersetzen. Die Debatte über den Wiedereinstieg in die Atomtechnik bringt uns ein Stück globaler Normalität. Der rot-grüne Atomausstieg wird von außen zusehends als deutscher Sonderweg betrachtet.

Nach den Atomunfällen von Harrisburg (1979) und Tschernobyl (1986) hatte in der westlichen Welt ein faktisches Atomkraftmoratorium eingesetzt. Dieses ist jetzt vorbei, weil die von beiden Unfällen wenig beeindruckten ostasiatischen Wachstumsökonomien mit Atomstrom ihre Abhängigkeit von Öl- und Gasimporten mindern möchten. Das neue Energiegesetz der USA sieht Subventionen für den Neubau von Atommeilern vor. In Osteuropa und Russland wurde das durch den Zusammenbruch der Sowjetökonomien gestoppte Reaktorprogramm wieder aufgenommen. In der EU baut Finnland erstmals ein neues Atomkraftwerk. Frankreich möchte seine alten Reaktoren ersetzen. Tony Blair preist den Beitrag der Atomkraft zum Klimaschutz.

Verloren gegangen ist bei der neuen weltweiten Nukleareuphorie der einst heftig diskutierte Zusammenhang zwischen ziviler und militärischer Nutzung – obwohl die Gefahr der nuklearen Proliferation nach den Terroranschlägen des 11. September noch virulenter und augenfälliger als zuvor sein sollte. Nordkorea und der Iran machen schließlich vor, wie hoch angereichertes Uran und waffenfähiges Plutonium in zivilen Atomanlagen hergestellt werden können. Die Grenzen zwischen zivilen und militärischen Atomprogrammen sind also fließend. Einstmals stabile Staaten können in den historischen Zeiträumen, die an die Laufzeit von Atomanlagen und den Verbleib nuklearen Materials angelegt werden müssen, in Schwierigkeiten geraten. Wer hätte den Zerfall der Sowjetunion vorausgesehen, der dazu führte, dass russische Atomwissenschaftler nicht mehr bezahlt wurden und sich im kriminellen Netzwerk des pakistanischen Atomsmugglers Khan verdingten? Auch der Ausbau der Atomkraft in China und Indien kann niemanden beruhigen. Wer kann mit Sicherheit behaupten, dass diese Staaten in 30 Jahren politisch stabil und eine langfristig gefährliche Technologie damit in sicheren Händen ist?

Deutschland, die USA und andere westliche Länder tragen zum erhöhten Proliferationsrisiko dadurch bei, dass sie Atomtechnologie exportieren. Die erste Baustufe des iranischen Atomkraftwerkes Bushehr stammt aus dem Jahre 1974 und von Siemens. Damals war der von der Schmidt-Regierung eingefädelt Atomdeal mit den Iranern ein gutes Geschäft. Es liegt immer noch schwer im Magen.

**Sascha Müller-Kraenner**